

Deutscher Reichstag

(Dreitbericht unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 20. Oktober.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 20 Minuten.

Die Ausweisung Sinowjews und Losowskys

Ein schweiniger Antrag Aderhold (Unabh.) fordert den Reichstag auf, die Reichsregierung zu erläutern, für sofortige Aushebung der Ausweisungserordnung gegen die beiden Russen Sinowew und Losowski und für Beteiligung der ihr zugrunde liegenden Geschehensbestimmungen zu sorgen.

Abg. Dr. Rosenfeld (Unabh.) begründet den Antrag. Es geht nicht darum, daß man einen Ausländer wie einen Hund davonjagt. Schon 1908 wurde im Reichstage verkündigt, daß Ausweisungen nur auf Grund von Verleumdungserörterungen gegen die beiden Russen Sinowew und Losowski und für Beteiligung der ihr zugrunde liegenden Geschehensbestimmungen zu sorgen.

Abg. Dr. Rosenfeld (Unabh.) begründet den Antrag. Es geht nicht darum, daß man einen Ausländer wie einen Hund davonjagt. Schon 1908 wurde im Reichstage verkündigt, daß Ausweisungen nur auf Grund von Verleumdungserörterungen gegen die beiden Russen Sinowew und Losowski und für Beteiligung der ihr zugrunde liegenden Geschehensbestimmungen zu sorgen.

Minister des Auswärtigen Dr. Simon:

Der Tatbestand ist folgender: Im vergangenen Sommer ist eine deutsche Mission links gerichteter parlamentarischer Herrschaften nach Russland gereist, um die dortigen Verhältnisse genau kennenzulernen. Schon damals war die Zulassung einer Mission von entgegengesetzter Seite in Aussicht genommen. Am 30. August wurde drei russischen Gewerkschaftsführern die Einreise erlaubt und ein Aufenthalt von vier Wochen bewilligt. Ein Antrag von Christiania, weiteren elf Personen die Einreise zu gestatten, wurde als den Vereinbarungen widersprechend abgelehnt. Auf die Bitte einer Abordnung deutscher Gewerkschaftsführer unter Leitung Koenens wurde noch vier weitere Herren die Einreiseerlaubnis auf vier Wochen gewährt. Am 10. September erschienen die Zugelassenen in Hamburg mit einer ganzen Anzahl nicht zugelassener Personen. Letztere wurden in Hamburg zurückgehalten und später nach der Tschechoslowakei bzw. nach Russland zurückgeführt. In der Zwischenzeit haben sie aber in Hamburg schon eine gleimlich lebbare Agitation betrieben. Am 18. September wurde die Einreiseerlaubnis für die vier anderen erteilt. Es war zur Bedingung gemacht, daß die Herren sich auf die Teilnahme an den Verhandlungen ökonomischer, sozialer und wirtschaftlicher Art beschränken. Eine politische Beteiligung und Teilnahme an politischen Versammlungen sollte nicht zugelassen werden. Letztere Bedingung haben die Herren nicht gehalten. Darauf habe ich Herrn Losowski eine Warnung zukommen lassen müssen. Statt in Berlin den Besitz der italienischen Regierung abzuwarten, ist Losowski nach Halle gezogen. Darauf hat das Kabinett beschlossen, bei der preußischen Regierung die Ausweisung Losowskys nachzuforschen. Bei der Täglichkeit dieser beiden Herren handelt es sich um hochpolitische Angelegenheiten. Der Minister berichtet dann über die Verhandlungen mit Sinowew. Nach Kenntnisnahme der Rede Sinowews in Halle beschloß das Kabinett, sein weiteres Auftreten durch Veranlassung der Ausweisung zu verhindern. Da wir auf den Westen angewiesen sind und nur eine förmliche Schiffsgesellschaft zur Befreiung steht, soll die Ausweisung zum 23. Oktober erfolgen. Die unteren Organe der Polizei haben ja nicht immer den Anhang bei sich, wenn sie zu solchen Herren kommen. Herr Sinowew hat am wenigsten das Recht, sich zu beschweren. Ich habe verfügt ihm Prinzipiell zu verschaffen. Das ist jetzt aber in Berlin außerordentlich schwer. (Gurk rechts: Prinzipiell am Samstagabend! — Unruhe links. — Abg. Ledebour: Diese Terroristen! — Heiterkeit. — Abg. Adolf Hoffmann: Hütel auch! — Heiterkeit und Unruhe.) Wir hatten guten Grund die Ausweisung zu beantragen. Die Ausführungen Sinowews in Halle könnten die Frage nahe legen, ob nicht der Staatsanwalt einzuschreiten hätte. Die deutschen Gewerkschaften stehen hierarchisch über den russischen. Es war natürlich, das festzustellen. Die deutschen Arbeiter werden förmlich doch erkennen, daß die russischen Methoden nicht die richtigen sind. Auf die Dauer wird die Selbstkritik der deutschen Arbeiterschaft über die hemmungslosen terroristischen Aufbemühungen Sinowews den Gegenstand erlangen. Dem Bolschewismus sind ethnographische Grenzen gezogen. Ich ziehe diese Grenzen ständig bei deutschem Gebiete. Ich begreife nicht, wie eine Partei, die sich unabhängig nennt, die 21 Punkte von Moskau annehmen kann. Kein Sozialist irgendwelcher Art wird in Deutschland mit Wissen der Reichsregierung gebüdet. Der Minister verließ Auszüge aus der Rede Sinowews in Halle, in der dieser die Anwendung des Terrors ver-

leidigt. Wieder hochkommen können wir nur mit, nicht gegen das im Deutschland äußerst populäre russische Volk. Das deutsche und das russische Volk werden sich förmlich doch wiederfinden.

Abg. Eduard Bernstein (Soz.): Die deutsche Republik muss ein Modell für Verbündete und Unterdrückte sein. In dem Falle Sinowew liegt keine eigentliche Ausweisung vor. Die bewilligte Frist war abgelaufen. Sinowew und Losowski sind nicht als Verfolgte und Unterdrückte zu uns gekommen.

Sie sind selber Verfolger und Unterdrückter.

Das ändert die Sache. Meine Fraktion kann dem Antrage nicht zustimmen. (Den selben Plausch wieder einnehmenden Redner beginnen die Unabhängigen mit lärmenden Zurufen wie: Schuft! — Die Mehrheitssozialisten erwidern u. a.: Blutiger Handel!)

Abg. Wulle (Dtschpart.): Als Herr Ledebour und die Seinen in Halle das Volk verleichten, erkläre Herr Apelbaum: das waren die Agenten der Bourgeoisie. (Heiterkeit.) In der „Freiheit“ habe ich gesehen, daß auch Apelbaum ein Agent der Bourgeoisie sei, das Spielzeug von Stennes. (Große Heiterkeit.) Vielleicht bezeichnet Herr Apelbaum auch noch die Fraktion Eichhorn als Agent der Bourgeoisie und fordert ihre Befreiung mit Stumpf und Stiel. Herr Apelbaum ist Oberbürgermeister von Petersburg. Er hat es in verblüffend kurzer Zeit verstanden, aus einer Stadt von 2 Millionen Einwohnern ein beruhigtes Gemeindeleben von 800 000 Röppen zu machen, deren ständiger Gott Hunger und Frost sind. Einzelheiten kann ich mir erinnern. Redner verließ Stellen von den Ausführungen Matrosen in Halle, nach denen in Petersburg in einer Nacht 800 Menschen erschossen worden sind. Nach Schilderungen des „Dok. Telegraph“ wurden in Petersburg Streikführer gebunden und den Angriffen von Hatten ausgesetzt. Apelbaum hat seine Methode auch in die überigen russischen Städte getragen. In Moskau sagte er:

Die wohlbeleibten Bürger müssen an die Arbeit.

Die Proletarierweiber sollten hebenes Wasser über die Bürger ausschütten. Apelbaum selber sieht nun nach Schilderungen des „Vorwärts“ aus wie ein wohlhabender, vollgefressener Opernänger. Er Jahre nur noch Auto. In Halle hat Apelbaum 14 Zimmer innegehabt. Die erdrückende Mehrheit des deutschen Volkes hält die Ausweisung dieser beiden russischen Verbrecher für eine selbstverständliche Pflicht der Regierung. Wir bedauern, daß man die beiden Herren überpaßt vereinbart hat. Wir brauchen keine russischen Jäger bei uns. Deutschland darf nicht als Versuchsländer für russisch-bolschewistische Experimente dienen.

Abg. Dr. Bell (Zentrum): Wie wollen mit dem russischen Volke in gutem Einvernehmen leben. Die Regierung hat klug und weise gehandelt, als sie die Einreiseerlaubnis gab. Keine Regierung kann aber darüber, daß zum Bürgerkrieg gehebt wird.

Abg. Dr. Marcht (Dt. V.): Es ist der alte Fehler der Radikalen, immer nach links zu schauen. Die Reden der beiden Russen haben uns viel Aufklärungsmaterial gegeben. Wir werden davon den weitesten Gebrauch machen. Sinowew und seine Regierung haben sich als grimmigste Feinde der christlichen und deutschen Kultur gezeigt. Es ist der Fall, ihn sofort zu entfernen. Er predigt Anwendung des blutigsten Terrors. In Russland schreien Millionen um Befreiung von diesem Terror. Wir verlangen von den deutschen Staatsmännern nachsame Bekämpfung des Kommunismus. Auch die Unabhängigen stehen auf dem Standpunkt der Diktatur des Proletariats. Leider geraten auch unsere Gewerkschaften immer mehr in das radikale Fahrwasser. Das Misstrauen Sinowews war eine Komplikation an die bürgerliche Weltausfassung. Wir rufen der Regierung zu: Handelt, ehe es zu spät ist!

Abg. Dr. Petersen (Dem.): Die Stellungnahme der Regierung ist durchaus eindeutig. Sie konnte nicht anders handeln. Die Streitigkeiten der Unabhängigen sind ihre Privatangelegenheiten.

Abg. Koenen (Unabh.-links): Wir begrüßen den Präsidenten der 3. Internationale als den Führer der Weltrevolution heute und weiterhin (große Heiterkeit). Er hat in Petersburg Taten vollbracht. (Zuruf rechts: Unfair!) Ihre Angriffe reichen nicht an die Furchtlosigkeit dieses Menschen heran. Wir haben jetzt eine wütende antibolschewistische Hebe von der Freiheit! bis zu Wulle.

Ein Schlusshandlung wird angenommen. Im Schlusshandlung verlangt Abg. Ledebour (Unabh.) Freiheit für jedermann, auch für Ausländer. Unter großer Heiterkeit wendet sich der Redner dann gegen die Kommunisten, denen er Nativität und Kürztheit vorwirft. Der Unabh.-Antrag wird darauf gegen die Stimmen der kommunistischen Gruppen abgelehnt.

Das Gesetz gegen die Kapitalflucht wird auf Antrag des Abg. Waldheim (Dem.) einem Zusatz zu einer kleinen Erkrankung am 27. Oktober, den 27. Oktober, 1 Uhr, Interpellationen über die Dieselmotoren und über das Ergebnis des Entwurfsgesetzes. Schluß 6½ Uhr.

Die Verhandlung gegen die Marburger Zeitfreiwilligen

Berlin, 20. Oktober.

Die Verhandlung gegen die Marburger Zeitfreiwilligen wegen der Erfüllung der Gefangenengesetztes wird nunmehr am 22. November vor dem Schwurgericht in Kassel stattfinden. Der Staatsanwalt hat bekanntlich gegen das freisprechende Urteil des Landgerichts Berufung eingereicht. Für diese Verhandlung ist eine besondere Schwurgerichtsperiode anberaumt worden.

Musikalische Glossen

VIL

(Zu Liszt's Faustsonate.)

Die Frage, was Wahrheit sei, beschäftigte Franz Liszt von Jugend auf. Als der Vater in Paris starb, erfuhr ihn der Drang nach Erkenntnis unüberwindlich. Juvelle an sich selbst, an seiner künstlerischen Erfahrung, am Leben überhaupt, stiegen in ihm auf und überwanden seine Seele. Von der Musik wandte er sich zur Literatur, vornehmlich zur geistlichen und religiösenphilosophischen, deren positive wie negative Ergebnisse er nachprüften, in sich aufzunehmen und für seinen inneren Menschen zu verwerten. Gemaßnahmte Zeit blieb unzählig unerträglich. Werke oft gänzlich entgegengesetzter Tendenz bildeten seine Seele, und Geister wie Voltaire, Lamartine, Saint-Simon, Lamennais, Sainte-Beuve, Rousseau und Rousseau vertraten er sich als seinem Gehirn an.

Was der Jungling begonnen hatte, lehrte der gereifte Mann fort. Es war selbstverständlich, daß ein Künstler wie Liszt an zwei der größten Gedankenrichtungen der Weltliteratur nicht vorüber gehen konnte. Dantes „Göttliche Komödie“ und Goethes „Faust“ muhten auf ihn, als den literarischen Mästher und den Mästher unter den Tonsetzern der neuen Ära, ihren bestimmenden und leitenden Einfluß ausübten.

Seit dem Jahre 1840 schon hatte sich Liszt mit Goethes Faustgedicht befaßt und sich in dessen Studium vertieft. Und während der Vorarbeit des Schillerzens und Entwurfs war er auch in die Gedankenkreise eines Herder und Schiller eingetreten, deren Dichtungen „Die Geschichte des Prometheus“, „Die Ideale“ und „Am die Künster“ ihn zu musikalischem Schaffen inspirierten. Dann gaben der ständige Aufenthalt in Weimar, dessen große Erinnerungen ihm allerorten entgegenleiteten, sowie die beglückende Nähe der Fürstin Wilhelmine dem Meister immer neue Anregungen zu stetig ausgedehnter Arbeit. Manche Reisen, wie auch die Pfeile des Hoffstaatsmeisters in außerordentlichen Diensten, ließen aber Liszt erst 1857 zur Ausarbeitung des Porträts der Faustsonate kommen, die im folgenden Jahr, zu Ostern, vollendet wurde. Bis auf den Chorus mysticus Alles Verodlung ist nur ein Gleichnis, den Liszt später (1857) als Abschluß des Canto singt.

Die Uraufführung der Faustsonate fand zu Weimar im Hoftheater am 5. September 1857 in einem großen Vokal- und Instrumentalkonzert unter ihrem Schöpfers persönlichem Leitung statt geleitet der Grand-Médiator für das Denkmal des Großherzogs Karl August und die Einweihung der Denkmäler Goethe-Schiller und Wieland. Fünf Jahre danach wurde das Werk erstmals in Leipzig aufgeführt (11. März 1862) im Saale der Buchhändlerbrüder im Konzert der Konzertgesellschaft. Liszt schaffte Hans von Bruckner dirigiert, und Richard

Wagners vertrauter Freund Schnorr von Carolsfeld (der erste Triest) sang das Tenor solo.

Liszt besaß ein fast unglaublich stark entwickeltes Affinitätsvermögen, eine unerschöpfliche Kraft der Annahmefähigkeit und eine Dispositionsskraft, die ihn immer die Werke aller, auch der verschiedensten Künste auf ihren eigenen Wert und Inhalt hin erkennen, durchschauen und erfassen ließ. So gelangte er zur Überzeugung, daß Goethes „Faust“ eigentlich musikalisch, d. h. sinfonisch, nur zu verwerten sei, wenn der komponierende Nachdichter sich gewisser Grundstimmungen des Ganzen und Ihm dann als eigene Empfindung nutzte, gleichsam den geistigen Typus daraus und Ihm dann als eigene Gemalt. Jene Grundstimmungen nahmen alsdann für Liszt Gestalt an. Sie erschienen ihm als in der Verkörperung von Faust, Gretchen und Mephisto. Da sie stellen sich dem Dichter zugleich die Symbole dar des Prinzips von Gut und Böse, des Kampfes um die Wahrheit und der endlichen Erfüllung durch die Liebe.

All das ließ sich in engstem Anschluß an die Dichtung Goethes und unter Voraussetzung von dessen allgemeiner Kenntnis einwandfrei verstehen, und war auch dem musikalischen Ausdruck zugleich mit der gegebenen Möglichkeit reicher Variation ohne weiteres zugänglich. So entstanden nach den Goetheschen Haupttypen die „drei Charakterbilder“, aus denen sich Liszt Faustsonate zusammenfäßt.

Schon einmal, mehr allerdings nur von außen, war die Faustsonate an Liszt herangetreten in den Faustbildern des ihm befreundeten Malers Otto Schäffer in Paris, wo sich Liszt im Winter von 1844 auf 1845 aufhielt. In dieser Zeit schrieb übrigens auch Peter Cornelius seine „opéra-concert“ genannte Faustkomposition „La damnation de Faust“, die jedoch bereits 1848 auf einer, sich über Deutschland und Österreich erstreckenden Konzertreise des französischen Tenors Charles Léonhardt aufgeführt wurde.

In der Faustsonate kam es Liszt darauf an, den seelischen Entwicklungsgang auf musikalischem Wege darzustellen. Es gab nicht nur Episoden, welche jenseitig ähnlich, die ihm aus Nikolaus Lenau's Poem später entgegenkamen, sondern ein sinfonisches Ganze, dessen Teile untereinander nicht allein günstig, sondern auch durch musikalische Motivierung verbunden sind, und einer durch den andern bedingt ist. So berichtet hier, wie es einmal der tapfere Liszt-Vorkämpfer Richard Döhl nannte, der innige Zusammenhang der einzelnen Geschichten, verbunden mit einer wunderbaren Steigerung der Wirkung vom Anfang bis zum Ende. Der Übergang vom Schmerz und Elend zur Seeligkeit der Liebe, von der Vermelung zur Seligkeit, von der Rose zur Erlösung vollzieht sich hier zu einem festig fortlaufenden rein menschlichen, von jeder positiven Natur unmittelbar nachzuvollziehenden feelichen Prozeß.

Diesem entsprach wieder Liszt's musikalische Verhandlungswelle der dichterischen Vorlage. Das Prinzip der Tonmalerei wird hier im höchsten Sinn ausdrucksstark. Themen und Motive sind Verkünder und Träger ganz bestimmter Gedanken und Ideenreihen, und ihre

Sächsische Volkshammer

(Dreitbericht unserer Dresdner Schriftleitung)

Dresden, 20. Oktober.

Um Ministerialische die Minister Dr. Seydel, Rahn und Kommissare.

Präsident Fröhder eröffnet die Sitzung um 1 Uhr.

Zunächst werden die Wahlen zu dem Steuerausschuß vorgenommen. Es werden gewählt die Abg. Gruppe (Soz.), Tünger (Unabh.), Claus (Dem.), als Stellvertreter Möller (Soz.), Hofmann (Dtsch.), und Bölicher (Dt. Opt.).

Eine Regierungsvorlage über den Entwurf einer Verordnung über die Erhöhung der Gebühren der Tiefstufe wird ohne Aussprache an den Steuerausschuß überwiesen. Die Anfrage des Abg. Ziller (Dtsch.), betreffend den Schutz der Elbschifffahrt wird auf die morgige Tagessitzung gelegt, da der Referent zur Beantwortung der Anfrage nicht anwesend sein konnte.

Sodann erfolgt die dritte Beratung über den Entwurf eines Gesetzes über den Verkehr mit Grundstücken. Nach dem Vortrag des Verkehrsministers, Abg. Lipinski (Unabh.), entwickelt sich nochmals eine Debatte, an der sich die Abg. Bölicher (Dtsch.), Bölicher (Dt. Opt.), Schomborn (Soz.) und Dr. Barge (Dem.) beteiligen. Bei der Abstimmung wird der erste Teil des Gesetzes, der die Genehmigung von Eigentumsübertragungen vorsieht, gegen die Stimmen der Unabhängigen, der Mehrheitssozialisten und der demokratischen Abgeordneten Claus, Kruspe, Frau Sallinger und Frau Dr. Ulrich-Veil gegen die anderen Stimmen der Demokraten und der Rechtspartei angenommen.

Sodann erfolgt die Beratung über den Antrag Bölicher (Dtsch.): Die Volkshammer wolle beschließen: Das Gesamtministerium wird erfüllen, bei der Reichsregierung dafür vorstellig zu werden, daß diese die Abfahrt der Entente, Dieselmotoren, die der Industrie zugeführt oder für diese bestimmt sind, unbrauchbar zu machen, jeden möglichen Widerstand leistet.

Abg. Beutler (Dtsch.): Die Auslegung, daß Dieselmotoren zu dem notwendigen Verlust der Kriegsschiffe und U-Boote gehören, ist absurd. Dann müßten auch sämtliche Elektromotoren zerstört werden. (Sehr richtig!) Auch für Sachen in diese Forderung von größter Bedeutung, da viele Motoren angekauft und teilweise in die Fabriken eingebaut sind. Werden diese wieder herausgezogen, so müssen die Betriebe geschlossen werden, und die Arbeiter liegen auf der Straße. (Sehr richtig!) Darum muß gegen die Forderung der Entente im allgemeinen Interesse Front gemacht werden.

Abg. Fellisch (Soz.): bemüht diesen Antrag, um gegen die Rechte in außerordentlich scharfer Weise zu polemisierten, so daß die deutschnationalen Abgeordneten geschlossen den Sozial verlassen.

Abg. Günther (Dem.): Meine Fraktion steht auf dem Standpunkt, daß der Entente auf keinen Fall das Recht zugestanden werden kann, die Dieselmotoren zu zerstören. (Beifall.)

Der Antrag wird hierauf einstimmig angenommen.

Damit ist die Tagessitzung erschöpft. Nächste Sitzung Donnerstag, den 21. d. M., nachmittags 1 Uhr. Tagessitzung: Regierungsvorlage über die Übernahme der Koblenzanstalt in Staatsverwaltung. Regierungsvorlage über die Verbesserung der technischen Einrichtungen in Bad Eger. Antrag Ziller über den Schutz der Elbschifffahrt, zwei Anträge über die Kartoffelversorgung und die Zustände auf dem Gebiete der Volksversicherung. Antrag Beutler (Dtsch.) über die Kartoffelschließungen in Chemnitz.

Schluß gegen 8 Uhr.

Der Stand der Viehseuchen in Sachsen

Dresden, 20. Oktober.

Nach dem amtlichen Bericht des Landesgesundheitsamtes über den Stand der Viehseuchen am 15. Oktober 1920 in Sachsen wurden Erkrankungen an Rind in 2 Gemeinden und 2 Gehöften festgestellt, an Maul- und Klauenseuche Erkrankungen in 1527 Gem. und 7709 Geh. Schweineseuche einschl. Schweinepest in 5 Gem. und 5 Geh. Tollwut in 4 Gem. und 4 Geh. Rinder der Einbauer in 260 Gem. und 395 Geh. Rinde der Schafe in 13 Gem. und 13 Geh. Röhl auf der Schweine in 5 Gem. und 8 Geh. Geflügelgescholte in 26 Gem. und 44 Geh. Tuberkulose des Rindflecks in 4 Gem. und 4 Geh.

Der Mörder von Jauris verurteilt. Wie die „Freiheit“ meldet, wurde der Mörder Jauris, Raoul Villain, wegen einer kleinen Schiebung eines verbotenen Gelbhandsels, zu acht Tagen Gefängnis verurteilt. Dieses Urteil gibt der Freiheit zu der bislang bestürzenden Bemerkung hinzu, daß es für die Geldstrafe im Werte von 633 Franken wohl acht Tage gebe, für Jauris' Leben jedoch keinen Tag, was ein verdammtes rachschnelles Beispiel ist.

Die Landtagswahl und die Deutsche Volkspartei

III.

Von

Oskar Günther-Plaues.

In welchem Sinne das Wahlhandbuch der Deutschen Volkspartei für die Landtagswahl 1920 geschrieben ist, haben wir schon an einigen Beispielen nachgewiesen. Den Höhepunkt tendenziöser Erstellung leistet man aber in der Darstellung über die Regierungsbildung und der damit im Zusammenhang liegenden Haltung der Deutschen Demokratischen Fraktion. Auf Seite 18 steht man die tatsächliche Haltung der Demokratischen Fraktion zu diskreditieren. Es heißt da wörtlich:

"Der Stimmenanteil (der sozialdemokratischen Partei) sank von 46 Prog. am 19. Januar auf 41,5 Prog. am 2. Februar. Angesichts dieser Schläge war den bürgerlichen Parteien eigentlich die tatsächliche Haltung eindeutig vorgezeichnet: sie müssten versuchen, den bestehenden Gegenzug zwischen Sozialdemokratie und U. S. P. zugunsten des gerade in Sachen stark bedrohte Bürgertums auszunehmen und diesen Gegenzug wachzuhalten. Leider hat die Demokratische Partei die Notwendigkeit dieser Taktik nicht erkannt und dadurch dem Bürgertum, als dessen wirkamste Vertreterin sie sich empfohlen hatte, nicht wenig gespotzt."

In der demokratischen Fraktion war man sich darüber klar, daß durch die unerlässlichen Forderungen der U. S. P. eine Regierungsbildung mit der sozialdemokratischen Fraktion wohl nicht zustande kommen würde und die U. S. P. auch gar nicht ernsthaft gewillt war, die Verantwortung in der Regierung mit zu übernehmen. Diese Schläge für das stark bedrohte Bürgertum auszunehmen, eine Koalitionsregierung durch Aufnahme von demokratischen Mitgliedern, zu bilden, wurde durch die Politik der Rechtsparteien schon vor der Wahl des Ministerpräsidenten Dr. Gräfnauer vereitelt.

Die Demokraten der Deutschen Nationalen wie auch der Deutschen Volkspartei sahen sich schon vor der Wahl des Ministerpräsidenten mit allen Rücksichten darauf, die Wahl des Herrn Dr. Gräfnauer für diesen Posten sicherzustellen. Die Demokratische Partei lehnte im Interesse des stark bedrohten Bürgertums eine derartige Hintertrepnenpolitik der Rechtsparteien ab, da in ihren Folgen nichts anderes bedeutete, als der sozialdemokratischen Fraktion mit ihren 42 Mitgliedern, die alle nicht über die Mehrheit in der Volkskammer (bestehend aus 96 Abgeordneten) verfügte, davongeblieben wären die Regierungsgewalt zu überlassen. Und als am 14. März 1919 die Wahl des Ministerpräsidenten stattfand, wurde Dr. Gräfnauer mit Unterstützung der beiden Rechtsparteien gewählt. Ohne diese Beteiligung der Rechtsparteien hätte die sozialdemokratische Fraktion eine ganz andere Haltung eingenommen und sich zu einer Koalitionsregierung entschließen müssen. Nur durch die Kulturrepublik der Rechtsparteien wurde eine rechtzeitige, den ganzen Lande dienende zielbewußte Koalitionspolitik verhindert und dadurch eine verworreene politische Lage verhindert.

Die große Gefährlichkeit, mit welcher man in dem Wahlhandbuch der Deutschen Volkspartei die Deutsche Demokratische Partei im öffentlichen Interesse zu verunglimpfen und herabzuwürdigen sucht, kommt auf Seite 37 zum Ausdruck. Hier geht es wörtlich bezüglich der Umbildung der sozialen Regierung:

"Die Verhandlungen mit den Demokraten führten begreiflicherweise rasch zum Ziele. Am 2. Oktober 1919 berichtete W. L. P. über diese Verhandlungen. Es wurde eine Vereinbarung darüber getroffen, daß die sozialdemokratischen Richtlinien der bisherigen Regierung, wie sie Dr. Gräfnauer am 20. März in der Volkskammer dargelegt hatte, voll in Geltung bleiben, auch die demokratischen Vertreter, die in die Regierung einzutreten, werden die Richtlinien im wahrsten Sinne annehmen. Die Demokraten hatten also ihre zwei Regierungsschläge mit der Übernahme des sozialdemokratischen Regierungsprogramms erkannt."

Dieser alberne Vorwurf kehrt auf Seite 71 wieder und auf Seite 288 wird behauptet, "die Demokraten haben sich, als sie dann den Eintritt in die Regierung durchgesetzt hatten, auf ein ausgesprochenes sozialistisches Regierungssprogramm verpflichtet."

So viel Worte, so viel Unwahrheiten. In den der Regierungsbildung vorausgegangenen mündlichen Verhandlungen haben die Vertreter der demokratischen Fraktion niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß sie die rechtssozialistischen Forderungen noch so vor ablehnen, wie das schon in den Ausschreibungen des Abg. Günther in der Aussprache über die Regierungserklärung in der 14. Sitzung der Volkskammer am 24. März 1919 zum Ausdruck gebracht worden war.

Um aber über die Richtlinien des 20. März 1919 in der 13. Sitzung der Volkskammer durch Herrn Ministerpräsidenten Dr. Gräfnauer verhinderten Regierungssprogramm keine Unklarheiten über die Stellung der demokratischen Fraktion einerseits und der Rechtsparteien andererseits aufzuhören zu lassen, führte Abg. Günther in der 62. Sitzung am 14. Oktober 1919 in der Volkskammer aus:

"Wenn wir uns schon im Monat März im wesentlichen auf den Boden des Regierungssprogramms stellten, ohne uns auf jede einzelne Richtlinie festzulegen, wie das auch von meinem Vortredner, Herrn

Abg. Rühn, anerkannt worden ist, so konnten wir dabei doch feststellen, daß auch die Rechtsparteien dazu im allgemeinen eine zustimmende Haltung einnahmen, und auch die rechtsstehende Presse in dem Regierungsprogramm, auf das Herr Ministerpräsident Dr. Gräfnauer am 6. Oktober ausdrücklich Bezug nahm und das mit wenigen Worten heute von Herrn Kollegen Rühn besprochen worden ist, viel von den Richtlinien akzeptabel und beachtlich anerkannt hat.

Die jetzige Haltung, namentlich eines Teiles der privilegierten Amtespresse, ist daher vollständig unverständlich. (Sehr richtig bei den Demokraten.) Also, meine Herren, bezüglich des Regierungsprogramms lag schon damals für die Deutsche Demokratische Fraktion für ihren Eintritt in die Regierung kein Hindernis vor, wie das draußen im Lande falschlicherweise von gewissen Seiten irreführend behauptet wurde und auch noch behauptet wird."

Gegen diese Feststellungen des demokratischen Abgeordneten Günther konnte nichts entgegenbringen, nichts abgeleugnen werden.

Wen jetzt noch einem Jahre, kurz vor der Landtagswahl, in dem Wahlhandbuch der Deutschen Volkspartei gezeigt wird, die Demokraten hätten sich ihre zwei Regierungsschläge mit der Übernahme des sozialdemokratischen Regierungsprogramms erkannt, so beweist das nur, daß entgegen aller örtlichen Feststellungen, der Verfasser des "Machtwesens" es für nützlich hält, handgreifliche Unwahrheiten zu verbreiten.

Man konnte das nach dem Verhalten und Auftreten gewisser führender Persönlichkeiten voraussehen. Man wünschte deshalb auch in der demokratischen Fraktion, daß Abmachungen mit der sozialdemokratischen Fraktion nicht mehr mündlich, sondern schriftlich vereinbart werden möchten. Demgegenüber liegt der leichten Kabinettbildung nach dem Rücktritt Dr. Gräfnauers die demokratische Fraktion unter Führung des Abg. Günther in einer gemeinsamen Besprechung am 29. April 1920 der sozialdemokratischen Fraktion ein gemeinsames Programm vor, das in seinen Richtlinien lautete:

1. Es sindheimerlei Geheissordnungen von der Regierung einzubringen, die mit der Reichsverfassung und Reichsgesetzgebung im Widerspruch stehen.

2. Die Fraktionen haben keine Anträge einzubringen, die der Reichsverfassung widersprechen.

3. Verfassungswidrige Errichtungen und Nebenregierungen (Arbeiterkammern usw.) sind zu befehligen.

4. Die Autorität des demokratischen Staatsgedankens ist zu stärken.

5. Demokratisierung der Verwaltung, nicht aber Politisierung der Beamenschaft soll erfolgen.

Nach eingehender Ausprache darüber, etwaige man sich dann einstimmig schriftlich auf folgende Aussage:

"Bei der Besprechung hat Übereinstimmung darüber bestanden, daß die Landesgesetzgebung im Einklang mit der Reichsverfassung bleiben muß und daß Nebenregierungen und Struktur der Verwaltung durch nichtverfassungswidrige Errichtungen ungestoppt sind."

Der fernere Ausbau des demokratischen Staatsgedankens und die Demokratisierung der Verwaltung, die nicht Politisierung des Staatsgedankens ist, muß erreicht werden."

Damit war für die Koalitionsregierung eine gemeinsame Plattform, die der Forderung für die allgemeinen Volksinteressen Rechnung trug, herbeigeführt und dabei auch Vorsorge getroffen worden, allen politischen Verdrehungen und Verleumdungen bei den künftigen Landtagswahlen vorzubeugen.

Die Auseinandersetzung über den Parteibesitz der U. S. P. D.

(Drucksachenjunktor Berliner Schriftleitung)

Berlin, 20. Oktober.

Die Fraktion Eichhorn hat sich gekennert mit der Regelung der Kassenfrage nach der Spaltung der U. S. P. besteht und ist zu dem Entschluß gekommen, in Zukunft von 3 wahlrechtlichen Abstäben zu nehmen. Man hofft nun mehr, auf dem Verhandlungswege zu einem gütlichen Auszug über diese Frage zu kommen. Seitens der Linksunabhängigen ist der Reichstagsabg. Reichsanzahl Dr. Bergfeld beansprucht worden, mit Dr. Rosenthal d. als dem Vertreter der Rechtsparteien zunächst einmal die rechtlichen Grundlagen dieser Frage nachzuprüfen, und in einer höheren Kommission sollen dann die Bedingungen formuliert werden, nach denen die Trennung des Parteivermögens, die Übergabe der Parteidokumente und -einrichtungen und vor allen Dingen die Teilung der Zeitungen vorgenommen werden sollen. Die Linksunabhängigen beanspruchen vor allem den Namen "Unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands" und legen entschieden Verwahrung dagegen ein, daß in der gestrigen Sitzung des Reichstages der Präsident die Fraktion Eichhorn als U. S. P. D. ansieht und die Rechtsparteien bestehen darauf, daß ihre Wähler in der Mehrheit sind, und verlangen, daß die Reichstagsfraktion der Rechtsparteien ihre Namen absindert. In der Frage der Trennung des Parteivermögens will die Fraktion Eichhorn vorschlagen, die Teilung des Vermögens auf Grund des Stärkeverhältnisses zu regeln. Dagegen sollen die Rechtsparteien um

würden auch das reichliche, oft knabenhaft ulstige Gebärdenspiel kaum vertragen, mit dem sie ihren Geschichten selber die Randleisten zeichnet. Jedenfalls, was sie gestern uns zum besten gab, das sägt sich solcher Art. Und wen nicht gerade die höllischen "Märchen der Weltliteratur" in den bunten Papptöpfen der Diederichsen Sammlung von Anfang bis zu Ende durchgespielt hat, konnte allerlei lernen. Russisches Ammenrecht und die Höflichkeit der Chinesen; dänne, leidige Wölken der Südböe, die im Blau verschwimmen, und die kindhafte Tapferkeit der afrikanischen Tiersab; Dummbreitigkeit und Weltweisheit im norddeutschen Märchen gemischt, und zuletzt einen "Schlager", ein serbisch-südosteuropäisches Lügenmärchen, eine unsterbliche Balantfrechheit. Scherterl Speise auf leckerer Weise. Die angenehmste Bewirtung. Es fehlt nur noch eine Lafe Tee dazu.

H. O. R.

Wilhelm Ostwald über seine "Farbnormen". Während die Tonkunst schon seit langem theoretisch erörtert wird, befand sich die Wissenschaft der Farbkunst bis in die ältesten Zeiten hinein im Zustand der Unordnung und Unzulänglichkeit. Erst Wilhelm Ostwald hat die Ordnung und Maß und Zahl ins Reich der Farben eingeführt. In einer Vorlesung, die er am Dienstag vor Chemikern und Technikern hielt, gewann man einen Einblick in die Welt seiner Forschungen und die Tragweite ihrer Ergebnisse. Ostwald betrachtet die Farbenlehre als Gebiet der Psychologie, die Farbe ist eine Empfindung und als solche dem Weber-Fechner'schen Gesetz unterworfen. Im Gegensatz zu den Löwen, welche einstößig sind, bestehen die Farben aus 3 Elementen: Weiß und Schwarz. Die unendlichen Fälle der Farben kommen durch die unendlichen Möglichkeiten der Mischung der einzelnen Anteile zustande. Dieser Chaos hat Ostwald in ein Märschenland verwandelt, in dem kommt seine Tochter erst in die Schulen, jedes Kind sich ausspielen wird. Wie jede nur denkbare Farbe kann Platz in dem Doppelvertrag des "Farbkörpers" angewiesen bekommen, wie jede Farbe durch eine Kennzahl, die ihre genetischen Anteile an den 3 Elementen angibt. Durch Normierung, d. h. Auswahl bestimmter Farben nach dem Prinzip der Jedenzahl, das ja all unter Messen und Zählen regiert, ist erreicht worden, aus der Millionenflut der Farben 630 gen. an aufgestellte und genau definierte Farben herauszufinden und als Normen anzuführen. Die Vorfälle solcher Normierung sind wirtschaftlicher und nicht zuletzt künstlerischer Natur. Jetzt erst, nachdem sich das Reich das Farbenreich erobert haben, ist die Ausstellung oberrömischer Gesetze, insbesondere die erstaunlich einfache Ableitung der Harmonielegeschen, der Ausbau einer auf wissenschaftlichen Grundlagen beruhenden Farbkunst ermöglicht. Ostwald hat bereits die ersten Schritte hierzu unternommen. In Dresden ist in diesen Tagen die Kunstwerkschule eröffnet worden, in der nach seinen Prinzipien gelehrt wird. Ob hier freilich eine neue Kunst entstehen wird, muß dahin-

gestellt bleiben. Vielleicht ist es nur der Anfang eines neuen Kunstgewerbes.

B. B.

Ein politisches Märchen

Aus unserem Leserkreis wird uns geschrieben: In Nr. 487 des P. T. erschienen zwei russische Märchen von Fedor Sologub, das eine, "Der strohe Bengel" heißtet, dessen politisch-allegorische Bedeutung meines Erachtens für den deutschen Leser erst durch einen kleinen Kommentar klar wird.

Es wird darin erzählt, daß der strohe Bengel seine Brüder immer geschlagen hat, und als diese sich bei aller Welt beschlagen, nichts dabei herauskommt.

Mit diesem Bengel sind natürlich die schwarzen Hundert und reaktionären Kräfte Russlands, die Veranhalter der Arbeiter- und Judenpogrome gemeint. Keine Macht wollte die Verfolgten in Schutz nehmen. So die Polizei (der Vater) beschuldigte sie obendrein der öffentlichen Ruhestörung und der (strengstens unterlagerten) Selbstverteidigung:

"Es wird euch verprügelt, und was habt ihr gemacht? Geheult? Wie durftet ihr Ashe und Ordnung stören?" Geheult? Die Mutter — das ist der Gouverneur und die Justizbehörde — hat keine Zeit:

"Ich hab' in der Nähe alle Hände voll zu tun — lasst mich in Ruhe."

We gewöhnen sich an die anderen verstoßen, verschleppt, auf die lange Bank geschnitten. Als die armen Verfolgten sich an den Onkel, die Militärbehörde, wenden, wird ihnen die menschenfreundliche Antwort aufstellt: "Subordination! Hände an die Hosentasche. Stillgestanden. Linkskunst kehrt. Vorwärts marsch!" Vorwärts steht die Antwort, die den Delegierten der Bevölkerung von Kishinev zuteil war, als sie sich im Jahre 1905 an den Hauptmann des dortigen Regiments um Schutz wendeten.

Und der gute Großpapa tröstet die armen Geschlagenen mit den Worten der christlich-russischen Philosophie, Tolstoi's und der Kirche, mit Lebte von Duldsamkeit und dem demütigen Frieden des Hohen. Sei selber sonst und gut, sei tut dir keiner was. Wenn er dir mit der Faust ins Gesicht schlägt, sagst du ihm ein freundliches Wort."

Aber der strohe Bengel singt mit den Nachbarjungen an und wird braun und blau geschlagen: Russlands Krieg gegen Japan und dessen ungünstige Ausgang. Die Intelligenz und die liberalen Kreise freuen sich und atmen erleichtert auf, nun wird er wohl endlich Ruhe halten.

Aber nichts dergleichen: "Ihr habt's mit den Nachbarn gehalten. Nun lasst ich euch keinen Augenblick Ruhe."

Alexander Pekilia.

bedingt die Parteienrichtungen, die Zentralbüros mit ihrem ganzen Apparat ausliefern. Die größten Schwierigkeiten erblide man in der Trennung der Zeitungen. Während in einzelnen Bezirken, wo die Linksunabhängigen stark überlegen sind, diese Frage schon von selbst geregelt ist, erhebt sich um die Berliner "Freiheit" ein bestiger Kampf. Die Linke hat den Antrag gestellt, sofort eine Genossenschaftsversammlung der "Freiheit"-Aktionsgruppe einzuberufen, um dort eine Entscheidung zu ihren Gunsten herzustellen. Da aber bekanntlich der Hauptteil der Aktivisten sich in den Händen der kleinen "Freiheit"-Aktionsgruppe befindet, so wäre mit einer Niederlage der Eichhorister im Kampf um die "Freiheit" von vornherein zu rechnen. Die Linksunabhängigen gehen und deshalb im Augenblick gewollt, sich ein eigenes Organ zu schaffen, das aller Wahrscheinlichkeit nach schon in der kommenden Woche erscheinen wird. Dagegen wird die Herausgabe einer Anzahl rechtsunabhängigen Zeitungen in der Provinz verlangt, um deren Verlust zweifellos ein bestiger Kampf entstehen wird.

Das "Halleische Volksblatt" mendet sich in einem Aufruf in eigener Weise gegen die "Leipziger Volkszeitung". Nachdem das "Volksblatt" erklärt hat, daß sich die Minderheit förmlich noch als U. S. P. bezeichnet, fordert das Blatt die Leipziger Genossen zum Abonnement auf das "Halleische Volksblatt" auf, das von jetzt an einen Teil seines Raumes für Leipziger Meldungen zur Verfügung stellen werde. Der Aufruf schließt: "Genossen! Die Leipziger Volkszeitung" hat schon während des Ringens um Macht mit den niedrigsten Mitteln der Verleumdung und Lüge gekämpft. Sie hat über die Beratungen in Halle in unerhörbar schamloser Weise entstellt und lächerliche Berichte gebracht. Sie ist offen in das Lager der Feinde unserer Partei übergegangen. Genossen! Das Maß ist voll, kämpft für die wahre revolutionäre Presse!

Der U. S. P.-Kampf in Leipzig

Das moskowskische Aktionskomitee der U. S. P. in Leipzig verbreitet jetzt in Leipzig das "Halleische Volksblatt" als "Mittelungsblaß" für den Bezirk Leipzig. In einem darin enthaltenen Aufruf an die Leipziger Arbeiter heißt es:

"In ohnmächtiger Wut geht die Minderheit, da sie die Revolution unserer Partei nicht hindern kann, daran, sie zu zerstören und so wenigstens sie schwächen, wobei sie Lüge und Diebstahl nicht versteckt. Die Minderheit erklärt sich förmlich für die USPD, und sieht dort, wo sie die Macht hat, den Parteapparat, die Zeitungen, die Kassen ein so zu räumen. So steht nun auch unter Leipziger Blatt unserer Partei feindlich gegenüber, im Dienste der Feinde, die sich förmlich den Namen unserer Partei anmaßen. Wie werden den Kampf um die Zurückeroberung unseres Eigentums führen, aber es dahin können wir nicht, das Blatt des Feindes in unserem Hause dulden. Wir brauchen ein Blatt, das für die Revolution und nicht gegen sie kämpft. Wir fordern auch deshalb auf, Genossen und Genossinnen, an Stelle der "Leipziger Volkszeitung" das "Volksblatt für Halle" zu abonnieren, das sich bereits erklärt hat, für wichtige Leipziger Meldungen und für unsere Leipziger Parteimitglieder einen kleinen Teil seines Raums zur Verfügung zu stellen. — Genossen! "Die Leipziger Volkszeitung" hat eben während des Ringens um Macht um die Verleumdung und Lüge gekämpft, sie hat über die Beratungen in Halle in der unerhörbar schamlosen Weise entstellt und lächerliche Berichte gebracht, sie ist offen in das Lager der Feinde unserer Partei übergegangen. Genossen, das Maß ist voll! Walde nur eine wahrhaft revolutionäre Presse!"

Die "Leipziger Volkszeitung" quittiert diesen Aufruf der Neukommunisten in folgender Weise: "Löne, Diebstahl, Raub, mit diesen Vorwürfen beginnen die Neukommunisten den Kampf gegen ihre Klassengenossen. Das eröffnet ja herzliche Aussichten! Gesetzes lächerlich ist es, wenn die Neukommunisten in Leipzig von der ohnmächtigen Minderheit reden, sie wollen offenbar damit nur ihre eigene Schwäche und ihre eigene ohnmächtige Wut verbergen. Spätmehr feint. Wie sind euch gar nicht gespannt auf den Kampf um die Zurückeroberung unseres Eigentums", denn dieser Kampf kann leicht langwellig werden und mancher der Kämpfer wird wohl Albträume dabei bekommen." Weiter meldet sich in der "Leipziger Volkszeitung" der Hauptvorstand der U. S. P. Leipzigs in einem Aufruf an die Mitglieder der U. S. P. Groß-Leipzigs, wonin er sich energisch für rechtl. Scheitern der Partei ausspielt. "Wir wollen keine Bahn. Eine Zwischenstellung kann es nicht geben, sie liegt nicht im Interesse beider Organisationen." Vertrauen hat man nur noch zu denen, die sich zu den Grundzügen des von uns veröffentlichten Manifests bekennen; jedem Mitglied wird eine Erklärung vorgelegt, dann der es sich entscheiden muß, ob es weiter Mitglied der U. S. P. unter Erfüllung bedenkenlos bleibt. "Als zum Empfang dieser Erklärung erschien wir unsere Mitglieder, an keiner Person Weiters zu leisten oder sonstige Gelder abzuliefern, außer im Schreiberat."

Ferner teilt der

Die Anschaffung eines Pelz-Mantels



rateu wir jetzt vorzunehmen,
da eine weitere Verbilligung des
Pelz- und Stoff-Materials vor-
läufig nicht zu erwarten ist.

Wir empfehlen in großer
Auswahl fertig am Lager:

Herren-Geh-Pelze Herren-Sport-Pelze Herren-Fahr-Pelze Damen-Sport-Pelze

Pelz-Joppen — Pelz-Westen — Pelz-Kragen

Für gutes Tragen unserer Pelz-
werke leisten wir vollste Gewähr.

Verlangen Sie unser Preis-Verzeichnis,
das Ihnen über die jetzige Marktlage
Auskunft gibt.

Bamberger & Deriz

Geipzig

Augustusplatz.

Kasino-Lichtspiele

Neumarkt — Fersal 19.800

Ab morgen Freitag:

Nils Chrisander Die Jagd nach dem Tode

5 Kolossal-Akte voll unfehlbarster Sensationen!

Heute letzter Tag vom:

Emil Mamelock „Der Wildtöter“

und Leopoldine Konstantin in
Die Tänzerin oder: „Lola“ das Blumenmädchen

„Königs-Pavillon“
Promenadenstraße 8
Fersal 19.800

„Welt-Theater“
Bartfüßgasse am Markt

Bitte beachten Sie unser
Inserat in der morgen
Freitag fröh
erscheinenden Nummer.

Windmühlenstr. 3.

ASTORIA

Morgen-Einstellung

Der Tod im Nacken
Ein Film-Abenteuer in 5 Akten mit
Johannes Riemann, Heinrich Peer

Ossi Oswalda, Viktor Janson

Im neuesten Lustspiel in 4 Akten

Putschiesel

Heute letzter Tag: Pola Negri

Fersal 18.100—90

Röppische 19—20

COLOSSEUM

Ab morgen Freitag

Die Tochter der Straße

Drama in 3 Akten mit

Maria Widal

Rosita, aus Armut durch Schönheit zu Glück und Reichtum gekommen, den Ver-
lockungen der Welt zu trotzen erlegen, das ist der Sinn dieses ergreifenden Dramas

Heute letzter Tag: Kleopatra, die Herrin des Nils

Blumensäle 7½ Uhr

Leipziger Künstlerspiele.

Großer Erfolg des neuen Spielplanes

Licht-U.T. Spiele

Heute letzter Tag:
Uraufführung für Mitteldeutschland
Der römische Roman von Ludwig Ganghofer
„Der Ochsenkrieg“
oder:
Die wortliche Nachahmung des Kaisers
6 gewaltige Akte
Nach einer historischen Begebenheit aus dem bayrischen Hochlande — Hauptrollen:
Thea Steinbrecher, Ernst Rückert,
Pritta Greiner
Paul Heidenmann
in seinem urkomischen Lustspiel
„Badebubi“

Telef. 3187
J.M.Kunst. 3 Akte
Anfang 5.30, 6.15 u.
8.30 Uhr Kirbeckbräu
• Im Herzen der Stadt

Licht-U.T. Spiele

Ab morgen Freitag:
Aufführung
der Uraufführung
Die Leitung der Uraufführung
Bruno Kastner
Serie 1920/21
Der Feuerreiter
Eine Filmschauspiel in
5 Akten von
Ida Wüst
In den Hauptrollen:
Bruno Kastner — Käthe Eckh
„Bergslinde“

Telef. 3187
Außerdem: „Bergslinde“
Hochlands-Drama
4 äußerst spannende
Akte
Kirbeckbräu
• Im Herzen der Stadt

Kammer-Lichtspiele

Windmühlenstr. 7. — Am Königsplatz.

Ab heute Donnerstag:
Das größte und spannendste
Sitten-Filmwerk der Gegenwart

In Berlin 6 Wochen
In Hamburg 5 Wochen
In Frankfurt a. M. 4 Wochen
vor ständig ausverkauften Hause vorgeführt

Anständige Frauen

Sitten-Drama

6 in
gewaltigen Akten!

Bearbeitet nach dem vielgelesenen Roman von
Emil Marriot.



3 „Die Ballesbraut“ 3

Lustspiel. — In der Hauptrolle:

Akte Die Königin d. Humors Akte

Anna Müller-Linke.

Einsatz 3½ Uhr. — Beginn 5.30, 5.15, 8.30.
Jugendliche unter 18 Jahren haben keinen Zutritt!

Job beile
Furunkulose, Flechten, Mittelohrkatarrh
schnell und radikal.

Dr. Arth. Blachstein, Bingw. Str. 33, II.

Darlehen 25000 M.
gegen 30000 Mark für
Geldanlagen aus. Einzel-
handel geöffnet. Off. u. M. Mo
Gespb. bei Erste. Tagebl.

Sanssouci.

Heute Donnerstag ab 7 Uhr

Dritter großer Sonder-Ball

Rudi Hauwede

mit den neuesten Tanzschlagern.

COLOSSEUM

Ab morgen Freitag

Die Tochter der Straße

Drama in 3 Akten mit

Maria Widal

Rosita, aus Armut durch Schönheit zu Glück und Reichtum gekommen, den Ver-
lockungen der Welt zu trotzen erlegen, das ist der Sinn dieses ergreifenden Dramas

Heute letzter Tag: Kleopatra, die Herrin des Nils

1. Oktober Peiniger Schauspielhaus

Zum letzten Male: **Sumpf.**

Drama in einem Dorfviertel und drei unten von Leopold Schmid gespielt. In Scenae gespielt von Herrn Schmid.

Generaldirektor: Dr. Schmid. Director: Dr. Schmid. Generaldirektor: Dr. Schmid. Director: Dr. Schmid.

Generaldirektor: Dr. Schmid. Director: Dr. Schmid.

Generaldirektor: Dr. Schmid. Director: Dr. Schmid.

Generaldirektor: Dr. Schmid. Director: Dr. Schmid.

Generaldirektor: Dr. Schmid. Director: Dr. Schmid.

Generaldirektor: Dr. Schmid. Director: Dr. Schmid.

Generaldirektor: Dr. Schmid. Director: Dr. Schmid.

Generaldirektor: Dr. Schmid. Director: Dr. Schmid.

Generaldirektor: Dr. Schmid. Director: Dr. Schmid.

Generaldirektor: Dr. Schmid. Director: Dr. Schmid.

Generaldirektor: Dr. Schmid. Director: Dr. Schmid.

Generaldirektor: Dr. Schmid. Director: Dr. Schmid.

Generaldirektor: Dr. Schmid. Director: Dr. Schmid.

Generaldirektor: Dr. Schmid. Director: Dr. Schmid.

Generaldirektor: Dr. Schmid. Director: Dr. Schmid.

Generaldirektor: Dr. Schmid. Director: Dr. Schmid.

Generaldirektor: Dr. Schmid. Director: Dr. Schmid.

Generaldirektor: Dr. Schmid. Director: Dr. Schmid.

Generaldirektor: Dr. Schmid. Director: Dr. Schmid.

Generaldirektor: Dr. Schmid. Director: Dr. Schmid.

Generaldirektor: Dr. Schmid. Director: Dr. Schmid.

Generaldirektor: Dr. Schmid. Director: Dr. Schmid.

Generaldirektor: Dr. Schmid. Director: Dr. Schmid.

Generaldirektor: Dr. Schmid. Director: Dr. Schmid.

Generaldirektor: Dr. Schmid. Director: Dr. Schmid.

Generaldirektor: Dr. Schmid. Director: Dr. Schmid.

Generaldirektor: Dr. Schmid. Director: Dr. Schmid.

Generaldirektor: Dr. Schmid. Director: Dr. Schmid.

Generaldirektor: Dr. Schmid. Director: Dr. Schmid.

Generaldirektor: Dr. Schmid. Director: Dr. Schmid.

Generaldirektor: Dr. Schmid. Director: Dr. Schmid.

Generaldirektor: Dr. Schmid. Director: Dr. Schmid.

Generaldirektor: Dr. Schmid. Director: Dr. Schmid.

Generaldirektor: Dr. Schmid. Director: Dr. Schmid.

Generaldirektor: Dr. Schmid. Director: Dr. Schmid.

Generaldirektor: Dr. Schmid. Director: Dr. Schmid.

Generaldirektor: Dr. Schmid. Director: Dr. Schmid.

Generaldirektor: Dr. Schmid. Director: Dr. Schmid.

Generaldirektor: Dr. Schmid. Director: Dr. Schmid.

Generaldirektor: Dr. Schmid. Director: Dr. Schmid.

Generaldirektor: Dr. Schmid. Director: Dr. Schmid.

Generaldirektor: Dr. Schmid. Director: Dr. Schmid.

Generaldirektor: Dr. Schmid. Director: Dr. Schmid.

Generaldirektor: Dr. Schmid. Director: Dr. Schmid.

Generaldirektor: Dr. Schmid. Director: Dr. Schmid.

Generaldirektor: Dr. Schmid. Director: Dr. Schmid.

Generaldirektor: Dr. Schmid. Director: Dr. Schmid.

Generaldirektor: Dr. Schmid. Director: Dr. Schmid.

Generaldirektor: Dr. Schmid. Director: Dr. Schmid.

Generaldirektor: Dr. Schmid. Director: Dr. Schmid.

Generaldirektor: Dr. Schmid. Director: Dr. Schmid.

Generaldirektor: Dr. Schmid. Director: Dr. Schmid.

Generaldirektor: Dr. Schmid. Director: Dr. Schmid.

Generaldirektor: Dr. Schmid. Director: Dr. Schmid.

Generaldirektor: Dr. Schmid. Director: Dr. Schmid.

Generaldirektor: Dr. Schmid. Director: Dr. Schmid.

Generaldirektor: Dr. Schmid. Director: Dr. Schmid.

Generaldirektor: Dr. Schmid. Director: Dr. Schmid.

Generaldirektor: Dr. Schmid. Director: Dr. Schmid.

Generaldirektor: Dr. Schmid. Director: Dr. Schmid.

Generaldirektor: Dr. Schmid. Director: Dr. Schmid.

Generaldirektor: Dr. Schmid. Director: Dr. Schmid.

Generaldirektor: Dr. Schmid. Director: Dr. Schmid.

Generaldirektor: Dr. Schmid. Director: Dr. Schmid.

Generaldirektor: Dr. Schmid. Director: Dr. Schmid.

Generaldirektor: Dr. Schmid. Director: Dr. Schmid

Straßenbahnverbindungen

Die Durchführung des neuen Liniennetzes.

Nach der Veröffentlichung der beiden Straßenbahngesellschaften hatte die Direktion der Großen Leipziger Straßenbahn ein neues Liniennetz aufgezeichnet, dem der Öffentlichkeit zugrunde lag, auf den beiden bestehenden Netzen möglichst gute Verbindungen zu schaffen. Von dem Plan ist bisher nur sehr wenig durchgeführt worden, was auf die gegenwärtigen Schwierigkeiten der Materialbeschaffung zurückzuführen ist. Das einzige, was seit der Bekanntmachung des neuen Liniennetzes vollständig — d. h. bis auf die neuzugestellten Linien — zur Durchführung gelangte, ist die Nummernezeichnung der einzelnen Linien. Nach dem damals veröffentlichten Plan waren insgesamt 22 Linien vorgesehen, die Linie 22 soll eine neue Linie werden.

Unter den heutigen Verhältnissen werden wir wohl noch sehr lange warten müssen, ehe das Liniennetz unserer Straßenbahn in der Weise umgestaltet wird, wie es im Plan der Direktion vorgesehen ist. Wie bei allen Verkehrsunternehmungen, Eisenbahn zum Beispiel, ist auch bei der Straßenbahn das Wagen- und Schienenmaterial während des Krieges so stark abgenutzt worden, daß man jetzt zunächst die Schäden alle ausbessern muß, ehe man davon denken kann, neue Einbauten vorzunehmen, b. z. zur endgültigen Umgestaltung des Liniennetzes notwendig sind. Wenn man berücksichtigt, daß der Rat in seiner letzten Sitzung 888 200 Mark aus dem Erneuerungsfonds der Straßenbahn zum Ankaufe von Ersatzteilen für vorhandene Kreuzungen und Abzweigungen bewilligt hat, so kann man sich ungefähr denken, welche Summen erforderlich sind, um neue Gleise streckenweise einzubauen. In der genannten Summe ist auch der Betrag enthalten, der für die Verlegung der über den Augustusplatz vor dem Neuen Theater nach der Poststraße führenden Gleise notwendig ist. Voraussichtlich soll nach der neuen Linienführung die Linie 5 ihren Weg häufig vor der Grimmaischen Straße direkt über den Augustusplatz, Grünauischen Steinweg durch die Hospitalstraße und Stötteritzer Straße nach Stötteritz nehmen. Dadurch wird dann eine fast gleichlange Verbindung von Stötteritz nach dem Augustusplatz erreicht, die bisher gefehlt hat. Wie wir erhoffen, wird diese Verlegung der Gleise erst im nächsten Jahre vorgenommen werden, so daß wir auf die neue Verbindung noch bis zum Frühjahr warten müssen. Inmerhin wird doch wiederum ein Stück des neuen Netzes in scheidbarer Zeit verwirklicht.

Es ist ja bedeutsam, daß die überaus ungünstige finanzielle Lage der Stadt es nicht zuläßt, die Verkehrsverbindungen zu auszubauen, wie es im Interesse unserer Stadt und besonders mit Rücksicht auf den Motorverkehr wünschenswert und notwendig wäre. Wir haben bereits früher betont, daß auch das geplante neue Liniennetz für eine Stadt wie Leipzig keineswegs einen Bedarf darstellt, weil dadurch die dringend notwendige Verbindung der Vororte untereinander nicht erreicht wird. Immerhin werden zahlreiche bessere Fahrtmöglichkeiten geschaffen — wenn erst einmal der ganze Plan durchgeführt werden kann. Das wird aber, wie uns die Direktion versichert, noch sehr lange dauern.

Wir möchten bei dieser Gelegenheit nur auf eins hinweisen: Die Veränderung der Straßenbahnlinien nach den Einbauten neuer Gleistrassen bzw. Kurven notwendig g. die in der gegenwärtigen Zeit ziemlich hohe Kosten verursachen. Anderseits wird doch über auch durch die Umgestaltung die Verbindung einzelner Gleistrassen ermöglicht. Man sollte deshalb dort, wo es angängig ist, mit Hilfe des vorhandenen und ersparlichen Materials ver suchen, beständige Verbindungen herzustellen, bei denen nur die Einbauten ganz kurzer Gleistrassen erforderlich s. z. um die geplante neue Verbindung durchzuführen. Wir nennen als Beispiel nur die Verbindung an der Breiten und Nebelstraße, wodurch dann die Linie 17 die verkehrende den östlichen Vororten durch eine gute Querverbindung aneinander anschließen würde, wie es im Plan vorgesehen ist.

Die Arbeiten könnten bei der zunehmenden Erwerbslosigkeit als Notstandsarbeitsbeschaffung durchgeführt werden, wodurch eine Anzahl Arbeitsloser Beschäftigung finden und gleichzeitig bessere Fahrverbindungen geschaffen würden, die nicht zuletzt auch finanzielle Vorteile für die Straßenbahn selbst bedeuten, da eine erhöhte Benutzung dieser Linien zweifellos zu erwarten ist. Wir vertreten noch wie vor den Standpunkt, daß durch einen ausgebauten Verkehr höhere Einnahmen erzielt werden, als durch einen eingeschränkten.

E. W.

* Preisverzerrungswang für Fleischfleisch und Anbringung von Preisstiftchen an die Waren. Nach § 10 der Verordnung des Reichsregierung vom 10. September 1920 über Maßnahmen zur Sicherung der Fleischversorgung in der Übergangszeit nach Aushebung der Zwangs wirtschaft, sind alle die Personen, die Fleischfleisch im Kleinhandel verkaufen, verpflichtet, ein Verschrikt im Verkaufraum oder am Betriebsstand anzubringen, aus dem die Verkaufspreise der verschiedenen Fleischarten und -sorten ersichtlich sind. Das Verschrikt ist so anzubringen im Verkaufraum oder am Betriebsstand, daß es auch von außen sieht und lesbar ist. Die angekündigten Preise dürfen nicht überschritten werden. Kann bestritten werden, daß bei allen Gegenständen des notwendigen Lebensbedarfs (sollte auch bei Fleisch, Fleischwaren, Wurst usw.), die in den Geschäften, Läden, Märkten verkaufsständen u. s. f. ausgestellt sind, der Verkaufspreis auf kleinen, an der Ware selbst oder an den Verhältnissen, in denen sich die Waren befinden, anzustechenden oder sonst zu befestigenden Tafeln anzugeben ist. Das Preisverzerrungswang wie

auch die Preisstiftchen haben den Zweck, daß sich ein jeder von den in den einzelnen Geschäften geäußerten Preisen unterscheiden kann. Wie vor dem Kriege, und auch jetzt überall Preisunterschiede vorhanden und natürlich. Bei Fleisch und Wurst z. B. kommt es zunächst darauf an, zu welchen Preisen das Fleisch oder das Vieh eingekauft worden ist. Schon hieraus ergeben sich teilweise große Preisunterschiede, die sich dann beim Verkaufe des Fleisches und der Wurst nach Sorten noch verstehen. Auch die Güte des Fleisches spielt hierbei eine wesentliche Rolle, denn z. B. ist das Fleisch von einem Bullen besser als das von einer alten und schlecht abgemagerten Kuh. Bei Prüfung der Preisverzerrungswang wird man alle diese Umstände berücksichtigen müssen. Es empfiehlt sich, aufstellende große Preisunterschiede dem Gewerbeamt zur Untersuchung anzuzeigen. Die Fleischer und Händler, die ihrer Verpflichtung wegen des Ausgangs des Preisverzerrungswangs und der Anbringung der Preisstiftchen nicht nachkommen, werden künftig streng bestraft werden.

Ratsbeschlüsse

Man nahm Kenntnis von einer Einladung zur Feier der Eröffnung der Volkshochschule an der Universität Leipzig am 24. Oktober 1920.

Genehmigt wurden 112000 M. zur Aufrechterhaltung des Betriebs der Krippen. Zustimmung der Stadtverordneten ist erforderlich.

Während des Krieges war namentlich mit Rücksicht auf den Mangel an Zugtieren den Fuhrwerksbetrieben nachgekommen worden. Wagen auf der Straße stehen zu lassen und Wagen aneinander zu hängen. Nachdem die Verhältnisse sich aber wieder gebessert haben, beschloß man auf vielseitige Klagen der Straßenbahn und der Trosschiffenbesitzer, die Milderung der Bestimmungen der Verkehrsordnung im Interesse der Sicherheit des Verkehrs nunmehr wieder aufzuheben.

Den Nonnenweg von der Bismarckbrücke bis zum Palmengarten beschloß man zu Ehren des verstorbenen Meisters Klinger „Klingerweg“ zu nennen.

Zu Ehren Wilhelm Wundts soll der Schopenhauer Weg zwischen Spichelsche und Kronprinzenstraße künftig „Wundtstraße“ heißen. Von den Strophen um die Tierärztliche Hochschule beschloß man die große Straße B „Österreichische Straße“, die Straße F „Tiroler Straße“, die Straße 11 „Kärntner Straße“ und die Straße 8 „Salzburger Straße“ zu nennen.

Bewilligt wurden a) 20400 M. zur Beschaffung von Schranken für die 4. Fach- und Fortbildungsschule, b) 473135 M. für Beschaffung von Erziehungsgegenständen zum Werkunterricht an der 10. Volksschule. Zustimmung der Stadtverordneten ist einzuholen.

* Seht die Wählerlisten ein. Die Wählerlisten für die am 14. November dieses Jahres stattfindende Landtagswahl liegen vom 17. bis 24. d. M. auf der Wahlkarte des 6 Uhr 34 Minuten von Corbetta einfahrenden Zuges aus bis jetzt noch nicht gekürzte Weil zügling auf den Bahnhof geführt. In bewußtlosem Zustande war die bedauernswerte Frau von zwei Arbeitern aufgehoben und weggetragen worden. Sie ist inzwischen an den Folgen des Sturzes im Krankenhaus verstorben. Die beiden Arbeitern und er sonst Angaben über den Unfall und insbesondere dessen Ursache machen kann, werden gebeten, sich baldigst bei der Kriminalabteilung zu melden.

P. Tödlicher Sturz aus dem Eisenbahngänge. Wie bereits berichtet, war am 14. d. M. auf der Haltestelle Görlitz-Möckern eine 71jährige Frau aus einem Arbeit des 6 Uhr 34 Minuten von Corbetta einfahrenden Zuges aus bis jetzt noch nicht gekürzte Weil zügling auf den Bahnhof geführt. In bewußtlosem Zustande war die bedauernswerte Frau von zwei Arbeitern aufgehoben und weggetragen worden. Sie ist inzwischen an den Folgen des Sturzes im Krankenhaus verstorben. Die beiden Arbeitern und er sonst Angaben über den Unfall und insbesondere dessen Ursache machen kann, werden gebeten, sich baldigst bei der Kriminalabteilung zu melden.

P. Wem gehört die Leiter? Bei einem Einbruch in einen Schreinergeschäft in der Könneritzstraße in L-Schleißig in der Nacht zum 17. d. M. bat der Täter eine 3½ Meter lange, 45 Zentimeter breite und mit 11 Sprühen versehene Leiter zurückgelassen, die zweifellos vorher anderwoher gestohlen worden ist. Sie befindet sich in Verwahrung der Kriminalabteilung, wo sich der Eigentümer recht bald melden will.

P. Der Polizei selbst gestellt hat sich in Leipzig eine 30jährige Konföderin aus Plauen mit der Selbstbeschuldigung, ihrem Arbeitgeber — Plauener Büchsen — 12 000 M. untergeschlagen zu haben. Sie hat aber, wie inzwischen von der Plauener Behörde mitgeteilt worden ist, nicht nur 12 000 M., sondern 17 000 M. dadurch untergeschlagen.

* Schiffer-Gemeinde. Eine Wiederholung des Vertrags von Witmar

8 Uhr im Saale der Hochschule für Frauen (Königstraße 20) statt. — Ratten

stund von 8—1 Uhr in der Lintzischen Buchhandlung (Burgtstraße 1—5), kostet von 7 Uhr ab an der Abendkasse zu haben.

* Der Internationale Juwelen-Prädikationstag (Zürich), dessen veranstaltungen vorliegende über die Themen „Der Brief an durch die Frau“, sowie „Jugend und Rosenkreuz“ mit ähnlichem Interesse aufgenommen worden sind, soll am 25. Oktober, abends von 8 Uhr, im Hotel Säum, Bilderdorferstrasse, einen 3. öffentlichen Vortrag über das Thema: Die „Reinen“ Berlin-Genossenschaften.

* Die Aufführung „Mit-Heldenberg“ des Leipziger Künstlers Hartmann vom 14. Oktober 1920, dessen des Strells der Gemeindebürokrat im vergangenen Woche ausfallen mußte, wird auf den 25. November 1920 ausfallen Karten bereitgestellt zum Eintritt. Für die heutige Vorstellung „Mit-Heldenberg“ haben nur die für den 21. Oktober 1920 gekauften Karten Gültigkeit. (Siehe Anzeige.)

Haushaltplanberatung

Die allgemeine Aussprache im Stadtparlament

Leipzig, 20. Oktober.

Mit reichlicher Verspätung hat nun endlich die Beratung des Haushaltplanes im Stadtparlament begonnen. Die Urteile waren verschiedenartig Natur. Einmal wurde die Fertigstellung des Haushaltplanes an sich erheblich dadurch verzögert, daß sich analog dem Vorgehen von Reich und Staat die Verlegung des Haushaltjahres auch für die Stadt nötig machte, zum anderen schwerte die Berechnung durch die Übernahme der Einkommenssteuer auf das Reich infolge in der Lust, als man keine Klarheit über den Anteil an der Reichseinkommenssteuer hatte. Als es dann so weit war, um mit der Beratung beginnen zu können, verschob man sie abermals, da inzwischen die Häupter der beiden städtischen Kollegien, Oberbürgermeister Dr. Nölke und Vorleser Seeger, erkrankt waren.

Noch länger zu warten wäre im Hinblick auf die vorgeschriebene Zeit und die Arbeiten, die noch der Erledigung hatten, nicht angängig gewesen, und so begann man jetzt mit der Beratung ohne die Anwesenheit der beiden immer noch Erkrankten. Der allgemeinen Aussprache ging ein in großen Zügen gehaltenes Referat des Oberschreibers Pollender voran, das die Finanzlage der Stadt nach allen Richtungen hin beleuchtete, sich dabei aber von übertriebener Schwerefreiheit fernhielt. Und das ist gut so. Wenn jemand sich in schwierigen finanziellen Verhältnissen befindet, so ist, wenn er noch Vermögenswerte und Kreidt besitzt, noch lange kein Grund vorhanden, an seiner Lage zu verzweifeln. Diesen Grundgedanken pflichtete Oberschreiber Dr. Junck bei, der als erster Redner die Aussprache überaus wirthsmäßig eröffnete. Man kann wohl sagen, daß die eingehenden Darlegungen des Oberschreibers den Höhepunkt des Abends bildeten. Im eindrucksvollen und erfrischenden Weise ging er auf alles ein, was in Zusammenhang mit dem Haushaltplan über die Notwendigkeiten gesagt werden konnte, die einer unter den beständigen Verhältnissen geübliche Weiterentwicklung unseres Gemeinwesens möglich erscheinen lassen. Mit dem Urteilsnun zum logischen Ende forderte er vor allem Spanntheit am richtigen Fleisch gemeinsam aufzunehmende Tätigkeit und Abwendung vom Streit, der letzten Endes auf den zurückfällt, dessen Haupthandlung ist. Das „Wenn“, das er seinen Ausführungen voranstellte und mit dem er sie schloß, kann man nur unterschreiben, denn weitere Erfüllungen, wie man sie nach Halt mit Recht befürchten kann, bedeuten die schwerste Gefahr für Reich, Staat und Gemeinden.

Für die Unabhängigen, durch die im Stadtparlament, wie Stadtrat Jeremias erstmals feststellte, der Rückzug zu geben scheine, sprach Stadtrat Liebmann. Er hatte keinen großen Ton. Zuerst zog er sich den Zorn des Oberschreibers Pollender zu, als er dessen Referat „fehlte“ nannte. Dann verhinderte er zum lebenswerten Male, daß der Staatsbankdirektor sei, in den die Gemeinden mit hineingerückt worden wären. Er hat natürlich immer gleich das passende Rezept bei der Hand, um dem Unbehagen zu entgehn. Es ist zwar immer dasleiche, aber nach seiner Überzeugung gilt es sicher: mit sozialistischen Mitteln müssen die Gemeindefinanzen saniert werden! Punktum! Schließlich wertete er gegen die befürwortenden Stimmen und erklärte, daß von seiner Partei Steuern nur befürwortet würden, wenn sie durch Kontrolle darüber hätten, daß die Steuern auch soviel verwendet würden, wie sie bewilligt seien. Da es nach seiner Meinung mit dem Fortschritt überall zu langsam geht, ist man gewohnt, über die Dinge entwickeln sich eben nicht so schnell, wie sie sich in manchem Kopfe mögen. Im übrigen hofft Herr Liebmann auf die kommende Reform den gewünschten Fortschritt bald bringen wird. Bei dem Urteilsnun des Oberschreibers Liebmans zur alten U. S. P. erregte der Zivilhafen des Salzgitter. „Gäliche Reise über Leipzig nach Kassel!“ großer

Von Ratsälteste berührte Herr Bürgermeister Roth die Ausführungen des Referenten in beug auf die Finanzlage der Stadt, wobei er darauf hinsah, daß der Rückzug zu geben scheine, sprach Stadtrat Liebmann. Er hatte keinen großen Ton. Zuerst zog er sich den Zorn des Oberschreibers Pollender zu, als er dessen Referat „fehlte“ nannte. Dann verhinderte er zum lebenswerten Male, daß der Staatsbankdirektor sei, in den die Gemeinden mit hineingerückt worden wären. Er hat natürlich immer gleich das passende Rezept bei der Hand, um dem Unbehagen zu entgehn. Es ist zwar immer dasleiche, aber nach seiner Überzeugung gilt es sicher: mit sozialistischen Mitteln müssen die Gemeindefinanzen saniert werden! Punktum! Schließlich wertete er gegen die befürwortenden Stimmen und erklärte, daß von seiner Partei Steuern nur befürwortet würden, wenn sie durch Kontrolle darüber hätten, daß die Steuern auch soviel verwendet würden, wie sie bewilligt seien. Da es nach seiner Meinung mit dem Fortschritt überall zu langsam geht, ist man gewohnt, über die Dinge entwickeln sich eben nicht so schnell, wie sie sich in manchem Kopfe mögen. Im übrigen hofft Herr Liebmann auf die kommende Reform den gewünschten Fortschritt bald bringen wird. Bei dem Urteilsnun des Oberschreibers Liebmans zur alten U. S. P. erregte der Zivilhafen des Salzgitter. „Gäliche Reise über Leipzig nach Kassel!“ großer

In dem Fall wären es Abbé Montroses Schlüssel, sagte Keller, „und was dann?“

„Ja, was dann?“ antwortete Krog und wog das Schlüsselbund in seiner Hand. Er zählte die Schlässe.

„Ach!“ sagte er, „wenn es Abbé Montroses Schlüssel sind, können wir durch seine Wohnung gehen und probieren, wo sie passen.“

Und was kann uns das helfen?“ fragte Keller.

„Nein, natürlich,“ murmelte Krog halblaut und abwesend. Es war, als ob er laut dachte und sich um die andern im Zimmer gar nicht kümmerte. „Aber,“ fügte er hinzu, „wenn Schlüssel in diesem Bund sind, die zu keinem Schloß in der Wohnung des Abbé passen, zwei überflüssige Schlüssel, deren Verwendung uns unklar ist.“

„Was dann?“ fragte Keller wieder.

„Ja, was dann,“ antwortete Krog.

„Du hörten sie Lärm auf der Treppe.“

XVIII. Das Schicksal

Abkömmling hatte Befehl gegeben, daß die Schuhleute den Toten vom Oajibos „Zum vergoldeten Pfau“ in seine Wohnung tragen sollten. Als legt die Detektive Säritte auf der Treppe hörten, daß sie im ersten Augenblick, daß es die Polizisten seien, die mit ihm kämen.

Krog hörte die Türe, so daß das Licht durch den dunklen Treppenschacht fiel. Der Laut von Schritten verstummte. Unten stand ein uniformierter Schuhmann.

„Was wollen Sie?“ fragte Krog, der ihn nicht kannte.

„Ich möchte einen der Detektive, Herrn Krog oder Herrn Keller sprechen.“

„Was wollen Sie?“ fragte Krog von neuem und nannte seinen Namen.

„Kommen Sie etwas näher,“ fügte er hinzu.

Die Schuhmann ließ die knarrende Treppe einige Stufen hinauf und sagte:

„Ich habe im Restaurant „Zum vergoldeten Pfau“ bereits nach Ihnen gefragt. Dort sagten Sie mir, daß Sie hier seien. Ich bringe Ihnen eine Mitteilung vom Polizeiamt.“

„Betreff des verschwundenen Abbé?“ fragte Krog.

„Ja.“

„Hat man ihn gefunden?“

„Nein. Über etwas anderes hat sich ereignet. Der Arrestant Arnold Singer hat einen Fluchtversuch gemacht.“

(Fortsetzung folgt)

Monrose

Detektivroman von Sven Elvestad.

Berechtigte Uebersetzung von Julia Koppel.

(Nachdruck verboten.)

Die Gemüsehändlerin brummte ungeduldig. Offenbar wollte sie ungern mit den Küßglässen, die sie geben konnte, einbrechen. Wie die meisten ihrer Gesellschaftsklasse war sie glücklich, wenn sie der Polizei einen Dienst erweisen konnte.

Sie erzählte, daß der verläßliche Professor, der sich Warren nannte, vor zwei Jahren dieses Zimmer gemietet habe. Gleich von vorherem habe er sich so sonderbar benommen, daß es ihr aufgefallen sei.

„Erließ er offenbar nichts zu tun?“ fragte Krog.

„Selten,“ antwortete Frau Grafmann, „und dann waren es meistens Trunkenbolde, die er von der Straße aufgekauft hatte und mit denen er zechte. Vor einigen Stunden aber waren hier zwei Männer, die nach ihm fragten.“

Krog bat sie, diese beiden Männer zu beschreiben, und

